



Tagesordnung III Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 23. März 2023

Vorlagen-Nr. 23-V-61-0003

Bebauungsplan "Schulcampus Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt - Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung

Beschluss Nr. 0091

- 1 Es wird zugestimmt auf Grundlage der vorliegenden Freiflächen- und Hochbauplanungen zur Baumaßnahme „Schulcampus Bierstadt-Nord“ (Anlage 2.1 - 2.3 zur Vorlage), die Abstimmungen mit den zuständigen Dezernaten / Fachämtern zu führen.
- 2 Die Aufstellung des Bebauungsplans „Schulcampus Bierstadt-Nord“ wird beschlossen.

Der etwa 4 Hektar große Geltungsbereich liegt am nordöstlichen Ortsrand des Ortsbezirks Bierstadt. Der Geltungsbereich besteht aus den Flurstücken in der Gemarkung Bierstadt, Flur 13, Flurstück 1/1 und Teilstück Flurstück 50/1, sowie Flur. 14, Flurstücke 9, 10, 11, 12, 21 Teilstücke Flurstück 13 und 22 und Flur 67, Flurstück 23 (Anlage 1). Begrenzt wird der Geltungsbereich im Westen durch Flächen für den Gemeinbedarf für eine Kita und das Pflegezentrum Konrad Arndt, einen Wirtschaftsweg und ein Pflegeheim der AWO. Im Norden und Osten grenzen landwirtschaftlich genutzte Ackerflächen. Im Süden grenzt der Geltungsbereich an eine Fläche für den Gemeinbedarf Zweckbestimmung Kita, eine öffentliche Grünfläche und ein Gewerbegebiet.

Als Ziele der Planung werden beschlossen:

Neubau eines Schulcampus in Bierstadt-Nord mit 4-zügiger integrierter Gesamtschule, 2-zügiger Grundschule, inkl. 3-Feld-Turnhalle und Außenanlagen.

- 3 Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - der Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplans nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht wird,
 - eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt wird,
 - eine frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt wird,
 - die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung im Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden,
 - der Entwurf des Bebauungsplans „Schulcampus Bierstadt-Nord“ mit Begründung und den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, öffentlich auszulegen ist,

-
- nach § 4 a Abs. 4 Satz 1 BauGB der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB und die nach § 3 Abs. 2 Satz 1 BauGB auszulegenden Unterlagen in das Internet einzustellen sind,
 - zeitgleich zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt wird.
- 4 Es wird zur Kenntnis genommen, dass nach Beschluss Nr. 0550 der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2018 auf den Entwurfs- und Offenlagebeschluss im weiteren Verfahren verzichtet wird. Magistrat und Ortsbeirat werden durch Dezernat I von der bevorstehenden Offenlage unterrichtet. Unabhängig von dieser Verfahrensweise wird den Fachausschüssen und den Ortsbeiräten nach Bedarf die Planung präsentiert.
- 5 Die Finanzierung der durch die Landeshauptstadt Wiesbaden zu tragenden Kosten ist im Einzelfall im Rahmen des jeweils betroffenen Dezernatsbudgets zu decken. Die Umsetzung der im Einzelnen geplanten Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der jeweils zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unter Beachtung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden.
- 6 Der Magistrat wird gebeten, bei der weiteren Planung folgende Punkte zu berücksichtigen und falls möglich umzusetzen
- a) Die Schaffung eines offiziellen, barrierefreien Fußweg-Zugangs vom Wendehammer der Rostocker Straße aus.
 - b) Die Ergänzung des Radverkehrsnetzes um eine direkte, höhenkonstante Anbindung aus Richtung Kloppenheim über den Wirtschaftsweg nördlich des Bauernhofes, sowie dessen Weiterführung vom östlichen Rand des Schulgeländes bis zu den Gebäuden.
 - c) Eine Verlegung der primären "Kiss and Ride"-Zone in den Wendehammer der Rostocker Straße, um dort alle Bringfahrten aus den östlichen Vororten abzufangen, ohne dass diese quer durch Bierstadt müssen.
 - d) Im Zuge der weiteren Planungen sind beiderseits des Geländes ausreichend Radabstellplätze mit entsprechenden Bügeln vorzusehen, von denen mindestens die Hälfte überdacht ist, um eine ganzjährige Nutzung zu gewährleisten.
 - e) Darüber hinaus ist der Beschluss 0007 des Ortsbeirates Bierstadt vom 16.02.2023 in den weiteren Planungen zu berücksichtigen.

(antragsgemäß Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Bau 14.03.2023 BP 0020)

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 23.03.2023
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 23.03.2023
im Auftrag

Dezernat I/61
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock